

# TE UVS Burgenland 1995/09/22 02/03/95184

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 22.09.1995

## Spruch

Der Unabhängige Verwaltungssenat Burgenland hat durch den  
Kammervorsitzenden Dr Traxler und die Mitglieder Mag Dorner und Mag  
Waniek-Kain über die Berufung des Herrn , geboren  
am  
08 08 1959, wohnhaft in , vertreten  
durch die Rechtsanwälte Dres , vom 05 09 1995,  
gegen das Straferkenntnis der Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See  
vom 16 08 1995, ZI 300-1979-1995, wegen Bestrafung nach § 99 Abs 1  
lit b in Verbindung mit § 5 Abs 2 StVO 1960 zu Recht erkannt:

Gemäß § 66 Abs 4 AVG in Verbindung mit § 51 Abs 1 VStG wird der Berufung Folge gegeben, das angefochtene  
Straferkenntnis behoben und das Verfahren gemäß § 45 Abs 1 Z 3 VStG eingestellt.

## Text

Die spruchgemäße Einstellung des Verwaltungsstrafverfahrens erfolgte aus nachstehenden Gründen:

Wie sich aus der Zeugenaussage des AI vom 22 03 1995 vor der Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See ergibt,  
wurde der Beschuldigte

an der Grenze Nickelsdorf-Hegyeshalom im Amtsgebäude der ungarischen  
Grenzkontrollstelle zur Durchführung eines Alkotestes aufgefordert.

Der Meldungsleger bezog sich in seiner Aussage auf einen  
bilateralen  
Vertrag der Republik Österreich mit der Republik Ungarn,  
der  
die Straßenaufsichtsorgane ermächtigt, die straßenpolizeilichen

Vorschriften in der vorgeschobenen Zone der  
Grenzabfertigungsstelle  
zu vollziehen.

Mit Straferkenntnis der Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See vom 16  
08 1995, ZI 300 1979-1995, wurde der Beschuldigte wegen Übertretung  
nach § 99 Abs 1 lit b in Verbindung mit § 5 Abs 2 StVO 1960 zu einer  
Geldstrafe von S 15 000,--, im Falle der Uneinbringlichkeit zu  
einer  
Ersatzfreiheitsstrafe von 14 Tagen verurteilt.

Dagegen erhob der rechtsfreundlich vertretene Beschuldigte  
innerhalb  
offener Frist Berufung.

Darüber wurde folgendes erwogen:

Wie sich aus dem Abkommen zwischen der Republik Österreich und der  
Republik Ungarn über die Grenzabfertigung im Straßen- und Schiffsverkehr, BGBl Nr 794/1992, Art 1 Zi 1 ergibt,  
bedeutet Grenzabfertigung die Vollziehung aller Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten, die aus Anlaß des  
Grenzübertrittes von Personen sowie der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Gütern anzuwenden sind; nach Art 1 Zi 4  
bedeutet Zone jenen Bereich des Gebietsstaates, in dem die Bediensteten des Nachbarstaates berechtigt sind, die  
Grenzabfertigung vorzunehmen.

Im Sinne des Art 3 Zi 1 kann die Zone im Straßenverkehr die für die Grenzabfertigungsstellen des Nachbarstaates  
bestimmten Räumlichkeiten, Straßenabschnitte und sonstigen Anlagen umfassen; die  
Zone umfaßt jedenfalls die Straße zwischen der Staatsgrenze und der Grenzabfertigungsstelle.

Nach Art 4 Abs 1 gelten in der Zone für die Grenzabfertigung des Nachbarstaates alle Rechtsvorschriften dieses Staates  
über den Grenzübertritt von Personen und über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von  
Gütern; sie werden von den Bediensteten des Nachbarstaates im gleichen Umfang und mit denselben Folgen wie im  
eigenen Staatsgebiet durchgeführt.

Abs 2 bestimmt, daß die in der Zone von den Bediensteten des Nachbarstaates durchgeführten Amtshandlungen als in  
der Gemeinde des Nachbarstaates durchgeführt gelten, in deren Gebiet sich der zugehörige Grenzübergang befindet.

Laut Abs 3 gelten die in der Zone begangenen Zuwiderhandlungen gegen die im Abs 1 genannten Rechtsvorschriften  
des Nachbarstaates als in der im Abs 2 genannten Gemeinde begangen.

Abs 4 bestimmt, daß im übrigen das Recht des Gebietsstaates gilt.

Aus Art 6 Abs 3 geht hervor, daß nach Beginn der Eingangsabfertigung die Bediensteten des Ausgangsstaates nicht  
mehr berechtigt sind, Grenzabfertigungshandlungen vorzunehmen. Wenn sich jedoch nach Beginn  
der Eingangsabfertigung der Verdacht einer gerichtlich strafbaren Handlung ergibt oder nachträglich bekannt wird,

daß sich eine Person,  
nach der zur Festnahme gefahndet wird, in der Zone befindet, sind die  
Bediensteten des Ausgangsstaates nach vorheriger Benachrichtigung der  
Bediensteten des Eingangsstaates berechtigt, Grenzabfertigungshandlungen zu wiederholen.

Im gegenständlichen Fall steht unbestritten fest, daß die vorliegende  
Amtshandlung nach Durchführung der österreichischen Ausgangsabfertigung in den Räumen der ungarischen  
Grenzkontrolle auf ungarischem Staatsgebiet durchgeführt wurde. Im Sinne des obzitierten  
Art 6 Abs 3 des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Republik Ungarn über die Grenzabfertigung im  
Strassen- und Schiffsverkehr darf jedoch nach Beginn der Eingangsabfertigung ua nur  
bei gerichtlich strafbaren Handlungen die Ausgangsabfertigung wiederholt werden. Im gegenständlichen Fall handelt  
es sich jedoch um  
kein gerichtlich strafbares Delikt, sondern um ein verwaltungsbehördlich zu verfolgendes Delikt, sodaß Art 6 Abs 3  
nicht  
zum Tragen kommt.

Dazu kommt, daß sich aus Art 1 Zi 1 in Zusammenschau mit Art 4 Abs 1 des zitierten Abkommens ergibt, daß in der  
Zone (hier: auf jenem Teil  
des ungarischen Staatgebietes, auf dem österreichische Organe Amtshandlungen vornehmen dürfen) nur die  
österreichischen Rechtsvorschriften über den Grenzübertritt von Personen und über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von  
Gütern vollzogen werden dürfen. Zu diesen Vorschriften zählt jedoch die StVO 1960 nicht, da diese keine spezifische  
Vorschrift über den Grenzübertritt von Personen und  
über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Gütern darstellt. Das ergibt schon eine Wortinterpretation der genannten  
Begriffe, wobei noch zu bedenken ist, daß die genannten Regelungen Ausnahmeregelungen darstellen und daher eng  
auszulegen sind.

Die österreichischen Straßenaufsichtorgane waren somit trotz des  
genannten Abkommens nicht berechtigt, auf dem auf ungarischem Staatsgebiet liegenden Gebiet der Zone  
Amtshandlungen nach der StVO 1960 zu setzen.

§ 2 Abs 1 VStG bestimmt, daß sofern die Verwaltungsvorschriften nicht  
anderes bestimmen, nur im Inland begangene Verwaltungsübertretungen strafbar sind.

Die vorliegende Verweigerung des Alkotestes erfolgte nicht im Inland,  
sondern im Ausland, sodaß eine Bestrafung nicht möglich ist.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

### **Schlagworte**

Vollziehung österreichischer Rechtsvorschriften über den Grenzübertritt in der Zone; Vorschriften der StVO 1960 fallen  
nicht darunter

**Quelle:** Unabhängige Verwaltungssenate UVS, <http://www.wien.gv.at/uvv/index.html>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)